

## Lehrkräfte, Experten und GEW fordern: „Politische Bildung stärken!“

14. September 2016

Frankfurt (GEW): Die politische Bildung an den Schulen in Hessen muss gestärkt werden – das ist das Fazit von rund 80 Teilnehmenden der Fachtagung „Wann wenn nicht jetzt? Politische Bildung in den Schulen in Hessen“, zu der die GEW Hessen und ihr Bildungswerk LEA am 7. September eingeladen haben. Eine von den Teilnehmenden spontan verfasste Erklärung fordert angesichts der erschreckenden Wahlerfolge von rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien insbesondere eine Aufwertung des Faches Politik und Wirtschaft.

Birgit Koch, Vorsitzende der GEW Hessen, äußert sich wie folgt: „Während beispielsweise der Unterricht im Fach Chemie fast ausschließlich von fachlich qualifizierten Lehrkräften erteilt wird, sieht es in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern leider ganz anders aus. Ausgerechnet im Fach Politik und Wirtschaft, dem für die politische Bildung eine Schlüsselrolle zukommt, wird die Hälfte des Unterrichts von nicht in diesem Fach ausgebildeten Lehrkräften erteilt. Das ist inakzeptabel und gefährdet den Auftrag der Schulen zur Demokratievermittlung.“

Im Rahmen der Fachtagung haben die Referenten Achim Albrecht, Oliver Emde, Prof. Dr. Tim Engartner, Prof. Dr. Benno Hafener und Prof. Dr. Bernd Overwien aufgezeigt, dass die Rahmenbedingungen für politische Bildung an den Schulen in Hessen unzureichend sind. Andererseits konstatierten sie einen wachsenden Bedarf an mehr und fachlich qualifizierten Angeboten der politischen Bildung – beispielsweise zur Extremismusprävention oder zur Sensibilisierung gegenüber lobbyistischer Einflussnahme durch Großkonzerne.

Die Teilnehmenden der Fachtagung fordern in ihrer Erklärung „Wann, wenn nicht jetzt? Politische Bildung stärken!“ unter anderem die Aufstockung des Faches Politik und Wirtschaft in den Stundentafeln, die Einstellung von mehr in diesem Fach ausgebildeten Lehrkräften, bessere Fort- und Weiterbildungsangebote sowie eine gelebte Demokratie in den Schulen – etwa durch mehr Rechte der Schülervertretung und der Gesamtkonferenz.

Birgit Koch resümiert: „Wir benötigen mehr und bessere politische Bildung an unseren Schulen. Es gibt viele entsprechend qualifizierte Lehrkräfte, die jedoch noch kein Einstellungsangebot erhalten haben. Neben Neueinstellungen bedarf es auch eines attraktiven Weiterbildungsangebots für Lehrkräfte, die bislang fachfremd unterrichten. Mehr politische Bildung an den Schulen stärkt die Demokratie!“

Eine Tagungsdokumentation sowie die verabschiedete Erklärung können auf der Homepage der GEW Hessen eingesehen werden: <http://bit.ly/28TFQsv>